

Apothekermangel bekämpfen – jetzt!

Kammerversammlung fordert Einrichtung eines Pharmaziestudienganges und eines Förderprogramms für öffentliche Apotheken in Brandenburg

Der bereits jetzt bestehende und sich weiter aufbauende Fachkräftemangel in den öffentlichen Apotheken wird die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung massiv gefährden – in Deutschland, insbesondere aber in Brandenburg. Darauf weisen die Delegierten der neu gewählten Kammerversammlung der Landesapothekerkammer Brandenburg in der konstituierenden Sitzung des Gremiums hin. Sie appellieren an die Landesregierung, die Einrichtung eines Pharmaziestudiengangs zur Ausbildung von Apothekerinnen und Apothekern in Brandenburg endlich konsequent umzusetzen und ein Förderprogramm aufzulegen.

Die Kammerversammlung verweist auf eine am 8. Juni veröffentlichte Arbeitsmarkt- und Bedarfsanalyse der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA). Danach fehlen den öffentlichen Apotheken trotz steigender Zahl der Berufsanfänger bis 2029 bundesweit rund 10.000 Apothekerinnen und Apotheker. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Zum einen zieht es viele Nachwuchsapotheker in Forschung und Industrie, zum anderen arbeiten immer mehr approbierte Pharmazeuten in Teilzeit. Zudem steigt das Durchschnittsalter der berufstätigen Apothekerinnen und Apotheker seit Jahren an. Die sich dadurch ergebende Personallücke kann nur geschlossen werden, wenn deutlich mehr junge Menschen Pharmazie studieren. Obwohl der Landesregierung diese Fakten vom Grundsatz her durch eine Studie der Wirtschaftsförderung Brandenburg seit fünf Jahren bekannt sind, ist bislang nichts geschehen, um das Problem zu lösen.

Im relativ dünn besiedelten Flächenland Brandenburg zeigen sich die Auswirkungen besonders deutlich. Bis 2028 erreichen hier die Inhaber von insgesamt 222 brandenburgischen Apotheken das Rentenalter. Sollten sie keinen Nachfolger finden, müssten bis zu 39 Prozent der Apotheken im Land für immer schließen. Hinzu kommt, dass Pharmaziestudienplätze ein knappes Gut sind. Von 186 brandenburgischen Abiturienten, die sich dafür im letzten Wintersemester beworben haben, erhielten aus Kapazitätsgründen nur 54 einen der begehrten Plätze. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass 71 % der potenziellen Apothekerinnen und Apotheker für eine zukünftige Arzneimittelversorgung nicht zur Verfügung stehen. Das Problem könnte also auf einen Schlag behoben werden, wenn der Staat allen Interessenten einen Studienplatz bereitstellen würde. In Brandenburg gibt es allerdings – noch – keine einzige Universität, die Apotheker ausbildet. Dies muss das Land auch im Rahmen seiner Verpflichtung zur Daseins- und Gesundheitsvorsorge schnellstmöglich ändern.

Die Kammerversammlung appelliert vor diesem Hintergrund an die Landesregierung, ihre Pläne zur Einrichtung eines solchen Studienganges sofort wieder aufzugreifen. Wie die vergleichbare Initiative zur Mediziner Ausbildung deutlich zeigt, sind die Mittel hierfür im Rahmen der Fördergelder für den Kohleausstieg vorhanden.

Zusätzlich regt die Kammerversammlung eine Initiative an, die analog zum Förderprogramm zur Stärkung der landärztlichen Versorgung zusätzliche Anreize für die Berufstätigkeit in brandenburgischen Apotheken in der Fläche schafft. Bei den Ärzten wird dies mit Mitteln des Landes finanziert. Die Kammerversammlung bietet der Landesregierung hierzu ausdrücklich die organisatorische Unterstützung der Landesapothekerkammer Brandenburg an.